

**Strukturerhebung im
Dienstleistungsbereich 2011**

Statistisches Landesamt Bremen, An der Weide 14-16, 28195 Bremen

Rücksendung
bitte bis

SiD

Statistisches Landesamt Bremen
- 301 -
An der Weide 14-16
28195 Bremen

Sie erreichen uns über

Telefon: **0421/361 - 2802**
- 2804
- 2778

Ansprechpartner/-in für Rückfragen
(freiwillige Angabe)

Name:

Telefon oder E-Mail:

Telefax: 0421/361-6480

E-Mail: dienstleistungen@statistik.bremen.de

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit.

Rechtsgrundlagen und weitere rechtliche Hinweise entnehmen Sie der beigefügten Unterlage, die Bestandteil dieses Fragebogens ist.

Identnummer
(bei Rückfragen bitte angeben)

Falls Anschrift oder Firmierung nicht mehr zutreffen, bitte auf Seite 4 korrigieren.

online Ihre Daten können Sie auch online unter www.statistik.bremen.de oder mit eSTATISTIK.core übermitteln.

Beachten Sie folgende Hinweise:

Tragen Sie alle Angaben für die Erhebungseinheit **1** einschließlich aller Niederlassungen in Deutschland ein – unabhängig von einer Zugehörigkeit zu Konzernen, Arbeitsgemeinschaften oder Organschaften.

Nicht einzubeziehen sind Niederlassungen im Ausland und rechtlich selbstständige Tochtergesellschaften.

Berichtsjahr ist das Kalenderjahr 2011.

Ausgenommen sind die stichtagsbezogenen Merkmale unter den Abschnitten A und D.

Deckt sich das Geschäfts- bzw. Wirtschaftsjahr nicht mit dem Kalenderjahr, dann legen Sie bitte das Geschäfts- bzw. Wirtschaftsjahr zugrunde, das im Laufe des Kalenderjahres 2011 endete.

Beachten Sie bitte die beigefügten **Erläuterungen** zum Fragebogen SiD und Zusatzfragebogen SiDK. Positionen im Fragebogen, für die es ausführliche Erläuterungen gibt, sind durch dunkle Rechtecke mit weißen Ziffern (z. B. **1**) gekennzeichnet.

A Allgemeine Angaben zur Erhebungseinheit (Stichtag: 31. Dezember 2011)

1 Wirtschaftlicher Schwerpunkt

11 _____
(bitte nicht ausfüllen)

I Bitte verwenden Sie zur Bestimmung des wirtschaftlichen Schwerpunkts die beiliegende Anleitung (Auszug aus der „Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 2008“).

Wirtschaftlichen Schwerpunkt der Erhebungseinheit bzw. fünfstelliger WZ-Schlüssel laut „Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 2008“ hier eintragen:

2 Rechtsform 2

Zutreffendes bitte ankreuzen.

2.1 Einzelunternehmen
z. B. Einzelpraxis, Bürogemeinschaft 12 1

2.3 Kapitalgesellschaft
z. B. AG, GmbH, KGaA 12 3

2.2 Personengesellschaft
z. B. GbR, OHG, KG, GmbH & Co. KG 12 2

2.4 Sonstige Rechtsform
z. B. eG 12 4

3 Anzahl der Niederlassungen – einschließlich Hauptniederlassung – in Deutschland **3** 13 _____

E/S	A	E	P	

Erhebungseinheiten mit einem
Umsatz und sonstigen betrieblichen Erträgen
im Berichtsjahr 2011 von insgesamt ...

... **250 000 Euro und mehr**
antworten bitte
hier

... **weniger als 250 000 Euro**
antworten bitte
hier

				Volle Euro	Volle Euro
B	Erträge				
1	Umsatz und sonstige betriebliche Erträge ohne Umsatzsteuer	4 6	21	_____	_____
				Summe B1.1 und B1.2	
1.1	Umsatz	4	22	_____	
1.1.1	darunter: Umsatz durch Auftraggeber mit Sitz im Ausland	5	23	_____	
1.2	Sonstige betriebliche Erträge	6	24	_____	
C	Subventionen ohne Steuererleichterungen, Investitionszuschüsse und -zulagen	7	81	_____	_____
D	Tätige Personen (Stichtag: 30. September 2011)			Anzahl	Anzahl
1	Tätige Personen insgesamt	8	31	_____	_____
				Summe D1.1 und D1.2	Summe D1.1 und D1.2
1.1	Tätige Inhaberinnen und Inhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige	9	32	_____	_____
1.1.1	darunter: tätige Inhaberinnen und weibliche unbezahlt mithelfende Familienangehörige		33	_____	
1.2	Abhängig Beschäftigte	10	34	_____	_____
	Wie viele von den abhängig Beschäftigten waren				
1.2.1	weiblich		35	_____	
1.2.2	Auszubildende		36	_____	
1.2.3	in Teilzeit tätig ohne geringfügig Beschäftigte	11	37	_____	
1.2.4	geringfügig Beschäftigte	12	38	_____	
2	Abhängig Beschäftigte umgerechnet in Vollzeiteinheiten	13	39	_____ , _____	
E	Aufwendungen				
1	Personalaufwand			Volle Euro	Volle Euro
1.1	Bruttoentgelte ohne Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung	14	41	_____	_____
1.2	Sozialaufwendungen des Arbeitgebers insgesamt	15 16	42	_____	_____
				Summe E1.2.1 und E1.2.2	
1.2.1	Gesetzliche Sozialaufwendungen nur Arbeitgeberanteile	15	43	_____	
1.2.2	Übrige Sozialaufwendungen nur Arbeitgeberanteile	16	44	_____	

Identnummer _____

Erhebungseinheiten mit einem
Umsatz und sonstigen betrieblichen Erträgen
im Berichtsjahr 2011 von insgesamt ...

... 250 000 Euro und mehr
antworten bitte
hier

... weniger als 250 000 Euro
antworten bitte
hier

noch:

E Aufwendungen

2 Materialaufwand und sonstige betriebliche Aufwendungen

ohne abzugsfähige Vorsteuer, Abschreibungen und Fremdkapitalzinsen

17 bis 20 45

Volle Euro

Volle Euro

Summe E2.1 bis E2.3

2.1 Bezogene Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand

17 46

2.2 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

18 47

2.3 Sonstige betriebliche Aufwendungen und bezogene Dienstleistungen (nicht zum Wiederverkauf, sondern zum Verbrauch, z. B. Büromaterial)

19 20 48

darunter:

2.3.1 Aufwendungen für Mieten, Pachten und Leasing

21 481

2.3.2 Aufwendungen für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter

22 482

F Betriebliche Steuern und sonstige öffentliche Abgaben

z. B. Gewerbe-, Kfz- und Grundsteuer; ohne Umsatzsteuer, Einkommen- und Körperschaftsteuer, Exportzölle sowie Steuern und Zölle, die zu den Anschaffungsnebenkosten zählen

23 71

Volle Euro

Volle Euro

G Bestände

1 Bestände insgesamt

am Anfang des Berichtsjahres

18 24 25 57

Volle Euro

Volle Euro

Summe G1.1.1, G1.2.1 und G1.3.1

am Ende des Berichtsjahres

58

Summe G1.1.2, G1.2.2 und G1.3.2

1.1 Bezogene Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand

25

1.1.1 am Anfang des Berichtsjahres

51

1.1.2 am Ende des Berichtsjahres

52

1.2 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

18

1.2.1 am Anfang des Berichtsjahres

53

1.2.2 am Ende des Berichtsjahres

54

1.3 In Arbeit befindliche Aufträge sowie selbst erstellte fertige und unfertige Erzeugnisse

1.3.1 am Anfang des Berichtsjahres

55

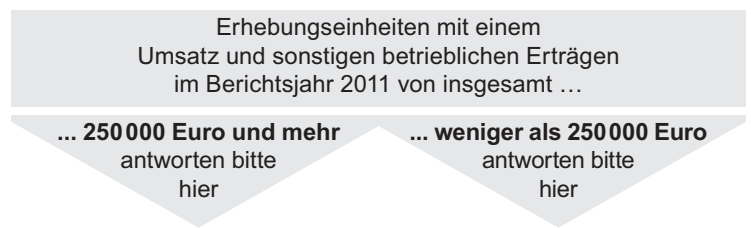
1.3.2 am Ende des Berichtsjahres

56

Bitte zurücksenden an

Statistisches Landesamt Bremen
- 301 - SiD -
An der Weide 14-16
28195 Bremen

Bitte aktualisieren Sie Ihre Anschrift, falls erforderlich.
Name und Anschrift



H Investitionen

1 Bruttoanlageinvestitionen
(nur die Bruttozugänge im Berichtsjahr)

i ohne Abzug von Abschreibungen oder sonstigen Wertberichtigungen, Umbuchungen und ohne abzugsfähige Vorsteuern **26 bis 30** 61

Volle Euro	Volle Euro
<input style="width: 100%; border: none; border-bottom: 1px solid black;" type="text"/>	<input style="width: 100%; border: none; border-bottom: 1px solid black;" type="text"/>
Summe H1.1.1 bis H1.3 und H1.4	

- 1.1 Erworbene Sachanlagen für betriebliche Zwecke **27**
- 1.1.1 Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Anlagen und Maschinen **28** 62
- 1.1.2 Bauten 63
- 1.1.3 Grundstücke (Grund und Boden) 64
- 1.2 Selbst erstellte Sachanlagen für betriebliche Zwecke **29** 65
- 1.3 Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände **30** 66
- 1.3.1 darunter: erworbene Software **31** 67
- 1.4 Selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände **32** 68
- 1.4.1 darunter: selbst erstellte Software **31** 69

J Bemerkungen

Zur Vermeidung von Rückfragen unsererseits, können Sie hier auf besondere Ereignisse und Umstände hinweisen, die Einfluss auf Ihre Angaben haben.

K Bitte **Zusatzfragebogen SiDK** ausfüllen, wenn Ihre Erhebungseinheit Niederlassungen in mehreren Bundesländern hat sowie Umsätze und sonstige betriebliche Erträge insgesamt (Frage B1) von 250 000 Euro und mehr erzielt hat.

L Bitte **Zusatzfragebogen SiDL** ausfüllen, wenn Ihre Erhebungseinheit mindestens 20 tätige Personen (Frage D1) hat und einem der sechs auf Seite 1 aufgeführten Wirtschaftszweige angehört.

**Strukturerhebung im
Dienstleistungsbereich 2011**
Zusatzfragebogen SiDK
„Mehrländerunternehmen“

Statistisches Landesamt Bremen, An der Weide 14-16, 28195 Bremen

Rücksendung
bitte bis

SiDK

Statistisches Landesamt Bremen
- 301 -
An der Weide 14-16
28195 Bremen

Sie erreichen uns über
Telefon:

Telefax: 0421/361-6480

E-Mail: dienstleistungen@statistik.bremen.de

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit.

Rechtsgrundlagen und weitere rechtliche Hinweise entnehmen Sie der beigefügten Unterlage, die Bestandteil dieses Fragebogens ist.

Identnummer
(bei Rückfragen bitte angeben)

online

Ihre Daten können Sie auch online unter www.statistik.bremen.de oder mit eSTATISTIK.core übermitteln.

Füllen Sie den Zusatzfragebogen SiDK aus, wenn ...

... Ihre Erhebungseinheit **1**

- **Niederlassungen in mehreren Bundesländern** hat sowie
- im Berichtsjahr einen **Umsatz und sonstige betriebliche Erträge von insgesamt 250 000 Euro und mehr** erzielt hat.

Zusätzliche Hinweise

Tragen Sie alle Angaben für die Erhebungseinheit **1** einschließlich aller Niederlassungen in Deutschland ein – unabhängig von der Zugehörigkeit zu Konzernen, Arbeitsgemeinschaften oder Organschaften.

Nicht einzubeziehen sind Niederlassungen im Ausland und rechtlich selbstständige Tochtergesellschaften.

Berichtsjahr ist das Kalenderjahr 2011.

Beachten Sie bitte die beigefügten **Erläuterungen** zum Fragebogen SiD und Zusatzfragebogen SiDK. Positionen im Fragebogen, für die es ausführliche Erläuterungen gibt, sind durch dunkle Rechtecke mit weißen Ziffern (z. B. **1**) gekennzeichnet.

Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich 2011

Zusatzfragebogen SiDK „Mehrländerunternehmen“

Identnummer

Gliedern Sie hier Ihre Angaben im Fragebogen SiD zu folgenden Merkmalen auf Ihre Niederlassungen (einschließlich Hauptniederlassung) in den Bundesländern auf:

Niederlassungen (einschließlich Hauptniederlassung) in den Bundesländern	Aufgliedernde Merkmale des Fragebogens SiD				Tätige Personen insgesamt D1 im Fragebogen SiD 8
	Umsatz ohne sonstige betriebliche Erträge B1.1 im Fragebogen SiD 4	Bruttoentgelte E1.1 im Fragebogen SiD 14	Bruttoanlageinvestitionen insgesamt H1 im Fragebogen SiD 26	Volle Euro 93 U3	
93 U1	93 U2	93 U3	93 U4	93 U5	Anzahl 93 U5
08 Baden-Württemberg	_____	_____	_____	_____	_____
09 Bayern	_____	_____	_____	_____	_____
11 Berlin	_____	_____	_____	_____	_____
12 Brandenburg	_____	_____	_____	_____	_____
04 Bremen	_____	_____	_____	_____	_____
02 Hamburg	_____	_____	_____	_____	_____
06 Hessen	_____	_____	_____	_____	_____
13 Mecklenburg-Vorpommern	_____	_____	_____	_____	_____
03 Niedersachsen	_____	_____	_____	_____	_____
05 Nordrhein-Westfalen	_____	_____	_____	_____	_____
07 Rheinland-Pfalz	_____	_____	_____	_____	_____
10 Saarland	_____	_____	_____	_____	_____
14 Sachsen	_____	_____	_____	_____	_____
15 Sachsen-Anhalt	_____	_____	_____	_____	_____
01 Schleswig-Holstein	_____	_____	_____	_____	_____
16 Thüringen	_____	_____	_____	_____	_____

Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich 2011

SiD/SiDK/SiDL

Unterrichtung nach § 17 Bundesstatistikgesetz

Zweck, Art und Umfang der Erhebung

Die Ergebnisse der Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich (SiD) werden als Entscheidungshilfen für wirtschafts- und strukturpolitische Zwecke von den Landesregierungen und der Bundesregierung, aber gleichermaßen auch von Unternehmen und Verbänden dringend benötigt. Sie sind u. a. Grundlage für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder und dienen der Erfüllung der Lieferverpflichtung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der EU gemäß der Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über die strukturelle Unternehmensstatistik (ABl. L 97 vom 9.4.2008, S. 13), die durch Verordnung (EG) Nr. 251/2009 der Kommission vom 11. März 2009 (ABl. L 86 vom 31.3.2009, S. 170) geändert worden ist.

Die SiD ist eine dezentrale Bundesstatistik. Nach einem bundeseinheitlichen Merkmalskatalog erfolgt die Befragung durch die zuständigen statistischen Ämter der Länder. Die Erhebung wird jährlich bei höchstens 15% der im Erfassungsbereich wirtschaftlich tätigen Unternehmen bzw. Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit als Stichprobe durchgeführt.

Der Erfassungsbereich der SiD umfasst die Wirtschaftsschnitte H, J, L, M, N und Abteilung 95 der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008.

Rechtsgrundlagen

Dienstleistungsstatistikgesetz (DIStatG) vom 19. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1765), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 17. März 2008 (BGBl. I S. 399) geändert worden ist, in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246) geändert worden ist. Erhoben werden die Angaben zu § 3 DIStatG.

Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 5 Absatz 1 DIStatG in Verbindung mit § 15 BStatG. Danach sind die Inhaberinnen und Inhaber bzw. Leiterinnen und Leiter der Erhebungseinheit auskunftspflichtig. Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung haben nach § 15 Absatz 6 BStatG keine aufschiebende Wirkung.

Nach § 5 Absatz 2 DIStatG besteht für Existenzgründer im Sinne des § 7g Absatz 7 Satz 2 und 3 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4210, 2003 I S. 179) im Kalenderjahr der Betriebseröffnung keine Auskunftspflicht. In den beiden folgenden Kalenderjahren besteht keine Auskunftspflicht, wenn das Unternehmen im jeweils letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr Umsätze in Höhe von weniger als 500 000 Euro erwirtschaftet hat. Existenzgründer, die von ihrem Recht, keine Auskunft zu erteilen, Gebrauch machen wollen, haben das Vorliegen der vorgenannten Voraussetzungen nachzuweisen.

Geheimhaltung

Die erhobenen Einzelangaben werden nach § 16 BStatG grundsätzlich geheim gehalten. Nur in ausdrücklich gesetzlich

geregelt Ausnahmefällen dürfen Einzelangaben übermittelt werden.

Nach § 6 DIStatG dürfen an die obersten Bundes- und Landesbehörden für die Verwendung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften und für Zwecke der Planung, jedoch nicht für die Regelung von Einzelfällen, vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder Tabellen mit statistischen Ergebnissen übermittelt werden, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen.

Nach § 16 Absatz 6 BStatG ist es zulässig, den Hochschulen oder sonstigen Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben Einzelangaben zur Verfügung zu stellen, wenn diese so anonymisiert sind, dass sie nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft den Befragten oder Betroffenen zugeordnet werden können. Die Pflicht zur Geheimhaltung besteht auch für Personen, die Empfänger von Einzelangaben sind.

Nach § 47 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 2005 (BGBl. I S. 2114; 2009, S. 3850), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 62 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, werden der Monopolkommission für die Begutachtung der Entwicklung der Unternehmenskonzentration zusammengefasste Einzelangaben über die Vorhundertanteile der größten Unternehmensgruppen, Unternehmen, Betriebe oder fachlichen Teile von Unternehmen des jeweiligen Wirtschaftsbereichs übermittelt. Hierbei dürfen die zusammengefassten Einzelangaben nicht weniger als drei Einheiten betreffen und keine Rückschlüsse auf zusammengefasste Angaben von weniger als drei Einheiten ermöglichen.

Hilfsmerkmale, Identnummer, Löschung und Statistikregister

Name und Anschrift der Erhebungseinheit sowie Name, Telefonnummer und E-Mail-Adresse der für eventuelle Rückfragen zur Verfügung stehenden Person sind Hilfsmerkmale, die lediglich der technischen Durchführung der Erhebung dienen.

Die Fragebogen, auf denen sich diese Hilfsmerkmale befinden, werden spätestens nach Abschluss der jeweiligen Erhebung vollständig vernichtet bzw. gelöscht.

Die verwendete Identnummer dient der Unterscheidung der in die Erhebung einbezogenen Erhebungseinheiten und der rationellen Aufbereitung der Erhebung. Sie besteht aus einer Kennung für das jeweilige Bundesland und aus einer laufenden, frei vergebenen Nummer.

Name und Anschrift der Erhebungseinheiten sowie der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit werden zusammen mit den Angaben zu tätigen Personen und zum Gesamtumsatz in das Unternehmensregister für statistische Verwendungszwecke (Statistikregister) aufgenommen. Rechtsgrundlagen hierfür sind § 13 BStatG und die Verordnung (EG) Nr. 177/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008 (ABl. L 61 vom 5.3.2008, S. 6).

Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich 2011

SiD/SiDK

Erläuterungen zum Fragebogen SiD und Zusatzfragebogen SiDK

Sollten Ihre Unterlagen für die Beantwortung einzelner Fragen nicht ausreichen, ist eine sorgfältige Schätzung zulässig. Ist das Ergebnis eines Erhebungsmerkmals Null, dann ist eine Null (0) im Wertefeld einzutragen.

1 Erhebungseinheit

Kleinste rechtlich selbstständige, wirtschaftlich tätige Einheit (**Einrichtung zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit oder Unternehmen**).

Alle Angaben sind für die gesamte Erhebungseinheit, einschließlich aller Niederlassungen in Deutschland, einzutragen.

Bei **Konzernunternehmen** oder Mitgliedern einer **umsatzsteuerlichen Organschaft** ist die angeschriebene Erhebungseinheit nur für die Angaben zu ihrer eigenen Erhebungseinheit berichtspflichtig. Es sind **keine** Angaben für den Gesamtkonzern oder die gesamte umsatzsteuerliche Organschaft durch den Organträger zu machen.

Arbeitsgemeinschaften (ARGE) sind keine Erhebungseinheiten im Sinne der Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich. Auskunftspflichtige Erhebungseinheiten, die Mitglied einer ARGE sind, addieren daher die ausschließlich in einer ARGE verbuchten Erträge, Aufwendungen, tätigen Personen usw. anteilmäßig zu ihren eigenen Unternehmensangaben hinzu.

Nicht einzubeziehen sind Niederlassungen im Ausland und rechtlich selbstständige Tochtergesellschaften.

2 Rechtsform

– Einzelunternehmen

Jede selbstständige Betätigung einer einzelnen natürlichen Person, die im Rahmen ihrer Tätigkeit voll haftet.

– Personengesellschaft

Beispiele für Personengesellschaften sind: Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR/BGB-Gesellschaft), Offene Handelsgesellschaft (OHG), Kommanditgesellschaft (KG), Partnerschaftsgesellschaft (Freie Berufe), stille Gesellschaft, Partenreederei sowie Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV).

– Kapitalgesellschaft

Beispiele für Kapitalgesellschaften sind: Aktiengesellschaft (AG), Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA) sowie Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH).

– Sonstige Rechtsform

Wenn eine der drei erstgenannten Rechtsformen nicht zutrifft, z. B. eingetragene Genossenschaften (eG).

3 Anzahl der Niederlassungen in Deutschland

Niederlassungen sind an einem räumlich festgelegten Ort gelegene Teile einer Erhebungseinheit, einschließlich der Hauptniederlassung, in denen eine oder mehrere Personen derselben Erhebungseinheit oder Leiharbeiternehmerinnen bzw. Leiharbeitnehmer arbeiten (z. B. Filiale, Geschäftsstelle, Depot, Büro, Werkstatt, Werk, Lagerhaus). Vorübergehend bei Auftraggebern eingerichtete Arbeitsplätze zählen nicht als Niederlassung.

Erhebungseinheiten, die Niederlassungen in mehreren Bundesländern (Mehrländerunternehmen) sowie einen Umsatz und sonstige betriebliche Erträge von insgesamt 250 000 Euro und mehr im Berichtsjahr erzielt haben, füllen bitte **auch den Zusatzfragebogen SiDK** aus.

4 Umsatz

Nicht der Gewinn, sondern die in Rechnung gestellten Beträge (ohne Umsatzsteuer) aus dem Verkauf bzw. der Vermietung von für die gewöhnliche Geschäftstätigkeit typischen Waren und Dienstleistungen, unabhängig vom Zahlungseingang und der Steuerpflicht. Hierzu zählen auch: Eigenverbrauch, Handelsumsätze und Provisionen aus Vermittlungs- und Kommissionsgeschäften sowie in Rechnung gestellte Nebenkosten, wie z. B. Spesen, Reise-, Fracht-, Porto- oder Verpackungskosten und der umsatzsteuerfreie Umsatz nach § 4 UStG.

Für die **Einnahmen-Überschussrechner** nach § 4 Absatz 3 EStG sind nur die im Berichtsjahr zahlungswirksamen Einnahmen anzugeben.

Preisnachlässe, wie Rabatte, Boni und Skonti, sowie sonstige Erlösschmälerungen (z. B. Rückvergütungen) sind vorab abzusetzen.

Beim Vorhandensein von **Konzernen oder umsatzsteuerlichen Organschaften** sind die Binnenumsätze der Erhebungseinheit mit Mutter-, Tochter- und Schwesterunternehmen des Konzerns bzw. der umsatzsteuerlichen Organschaft einzubeziehen.

Bei **Holdinggesellschaften** ist der Umsatz die Vergütung, die sie für die unternehmerische Führung (strategische Steuerung und Konzernkoordination) ihrer Tochtergesellschaften sowie für sonstige interne Dienstleistungen von diesen erhalten; bei Komplementärgesellschaften sind es die Erträge aus Haftungsvergütung.

In der Regel **nicht zum Umsatz**, sondern zu den sonstigen betrieblichen Erträgen **6**, zählen die Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Leasing betrieblicher Grundstücke, Anlagen und Einrichtungen. Sollte es sich hierbei jedoch um Umsatz im Sinne des Geschäftsgegenstandes handeln (z. B. bei Vermietungs- bzw. Leasinggesellschaften), zählen diese zum Umsatz und nicht zu den sonstigen betrieblichen Erträgen.

Nicht einzubeziehen sind Umsätze von Niederlassungen mit Sitz im Ausland, durchlaufende Posten (die im Namen und für Rechnung eines anderen vereinnahmt und verausgabt werden), Subventionen **7**, außerordentliche und betriebsfremde Erträge sowie Zins- und ähnliche Erträge (z. B. Kursgewinne, Dividenden), Erträge aus Beteiligungen, aus Gewinn- und Teilgewinnabführungsverträgen, Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen des Anlagevermögens, aus der Auflösung von Rückstellungen und dgl.

5 Umsatz durch Auftraggeber mit Sitz im Ausland

Anzugeben sind Umsätze durch Auftraggeber mit Sitz im Ausland. Zu diesen zählen auch ausländische Tochterunternehmen.

Dagegen zählen die Umsätze von ausländischen Mutter-, Tochter- und Schwesterunternehmen **nicht** zu den hier dargestellten Umsätzen.

6 Sonstige betriebliche Erträge

Umsätze bzw. Einnahmen aus nicht betriebstypischen Nebengeschäften der Erhebungseinheit, wie Patent- und Lizenzentnahmen oder Kantineerlöse sowie Einnahmen aus Mieten, Pachten und Leasing, sofern es sich bei diesen nicht um Einnahmen im Sinne der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit handelt (z. B. bei Vermietungs- oder Leasinggesellschaften).

Nicht anzugeben sind Subventionen **7**, außerordentliche sowie Zins- und ähnliche Erträge (z. B. Kursgewinne, Dividenden, Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen oder aus dem Verkauf von Gegenständen des Anlagevermögens).

7 Subventionen

Laufende finanzielle Zuwendungen, die der Staat (Bund, Länder und Gemeinden) oder Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaft ohne Gegenleistung an die Erhebungseinheit für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben oder für die laufende Geschäftstätigkeit gewähren, um

- Herstellungskosten zu verringern oder
- die Verkaufspreise der Dienstleistungen bzw. Erzeugnisse zu senken oder
- eine hinreichende Entlohnung der Produktionsfaktoren zu ermöglichen, wie z. B. Kurzarbeitergeld.

Hierzu gehören auch Zinszuschüsse (auch dann, wenn sie direkt an den Kreditgeber gezahlt werden), Frachthilfen, Miet- und Lohnkostenzuschüsse sowie Subventionen zur Verringerung der Umweltverschmutzung.

Nicht zu den Subventionen zählen Steuererleichterungen, Investitionszuschüsse und -zulagen sowie Ersatzleistungen für Katastrophenschäden und sonstige außerordentliche Verluste, deren Ursachen außerhalb der Verantwortlichkeit der Erhebungseinheit liegen.

8 Tätige Personen insgesamt

Summe der **tätigen Inhaberinnen und Inhaber**, unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen **9** und der **abhängig Beschäftigten** **10**. Die Anzahl der tätigen Personen insgesamt muss mindestens 1 betragen.

Nicht zu den tätigen Personen zählen u. a. Aufsichtsratsmitglieder, ehrenamtlich tätige Personen und Kapitalgeber.

9 Tätige Inhaberinnen und Inhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige

Anzahl der tätigen Inhaberinnen und Inhaber sowie Gesellschafterinnen und Gesellschafter, Komplementärinnen und Komplementäre, Genossenschafterinnen und Genossenschafter sowie andere leitende Personen, die kein Entgelt in Form von Lohn oder Gehalt erhalten, und unbezahlt mithelfende Familienangehörige, die mit Stand vom 30. September des Berichtsjahres in der Erhebungseinheit tätig waren. Als unbezahlt mithelfende Familienangehörige gelten Personen, die im Haushalt des Eigentümers der Erhebungseinheit leben und ohne Arbeitsvertrag und feste Vergütung in der Erhebungseinheit arbeiten. In diese Gruppe fallen nur Personen, die nicht hauptberuflich in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis mit einer anderen Einrichtung oder einem anderen Unternehmen standen.

10 Abhängig Beschäftigte

Voll- und teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, geringfügig Beschäftigte, Beamtinnen und Beamte, unselbstständige Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten, Volontärinnen und Volontäre sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die nach dem Stand vom 30. September des Berichtsjahres in einem Arbeitsverhältnis standen und auf der Grundlage eines Arbeits- bzw. vergleichbaren Dienstvertrages mit der Erhebungseinheit ein Entgelt in Form von Lohn, Gehalt, Gratifikation, Provision oder Sachbezügen erhalten haben. Hierzu zählen auch Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter, Direktorinnen und Direktoren, Vorstandsmitglieder und andere leitende Kräfte (z. B. geschäftsführende

Gesellschafterinnen und Gesellschafter der Kapitalgesellschaften), soweit sie von der befragten Erhebungseinheit eine Vergütung – wie auch immer geartet – erhalten, sowie Streikende und sonstige kurzzeitig abwesende Personen (z. B. bei Krankheit, bezahltem Urlaub oder Sonderurlaub, Ableistung des freiwilligen Wehrdienstes, Mutterschutz und Elternzeit mit einer Dauer von insgesamt weniger als einem Jahr).

Nicht zu den abhängig Beschäftigten gehören tätige Inhaberinnen und Inhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, ein Jahr und länger abwesende Personen, freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ehrenamtlich tätige Personen sowie Arbeitskräfte, die von einem anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung überlassen wurden (Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter) oder im Auftrag anderer Unternehmen tätig waren.

11 In Teilzeit tätig

Abhängig beschäftigte Personen, deren gewöhnliche Arbeitszeit kürzer als die tarifliche bzw. übliche Arbeitszeit in der Erhebungseinheit ist. Dies betrifft alle Formen der Teilzeitarbeit (z. B. Altersteilzeit, Halbtagsbeschäftigte, Beschäftigung an zwei oder drei Tagen in der Woche).

Nicht als Teilzeitbeschäftigung zählen hier Kurzarbeit, geringfügige Beschäftigung und Ausbildung.

12 Geringfügig Beschäftigte

Eine geringfügige Beschäftigung liegt vor, wenn

- das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt (geringfügig entlohnte Beschäftigung) oder
- die Beschäftigung innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage begrenzt ist (kurzfristige Beschäftigung).

Nicht einzubeziehen sind die Beschäftigten, die zur Erlangung von beruflichen Kenntnissen, Fähigkeiten oder Erfahrungen in der Erhebungseinheit tätig waren (z. B. Ausbildung, Volontariat, Schülerpraktika, Praktika im Rahmen einer Studienordnung).

13 Abhängig Beschäftigte umgerechnet in Vollezeiteinheiten

Summe der vertraglich vereinbarten Wochenarbeitsstunden (WS) aller abhängig Beschäftigten (D 3) geteilt durch die in der Erhebungseinheit bzw. für die jeweilige Berufsgruppe geltende reguläre Wochenarbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten (Wertangabe mit einer Nachkommastelle).

Beispiel:

- reguläre Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten: 40 WS
- 19 abhängig Beschäftigte (D3), davon
 - 10 Vollzeitbeschäftigte à 40 WS 400 WS
 - 5 Teilzeitbeschäftigte à 20 WS 100 WS
 - 4 geringfügig Beschäftigte, davon
 - 2 geringfügig entlohnte Beschäftigte à 16 WS 32 WS
 - 2 am Stichtag 30.9. kurzfristige Beschäftigte à 40 WS 80 WS
- 19 abhängig Beschäftigte mit insgesamt 612 WS

Einzutragen sind: 612 WS / 40 WS = 15,3 Vollezeiteinheiten.

14 Bruttoentgelte

An die abhängig Beschäftigten geleisteten Bruttozahlungen (Bar- und Sachbezüge) **ohne jeden Abzug**. Diese Beträge verstehen sich einschließlich Arbeitnehmeranteile, jedoch **ohne Arbeitgeberanteile** zur gesetzlichen Sozialversicherung.

Einzubeziehen sind sämtliche Zuschläge, Prämien, Zulagen, Mietbeihilfen und Wohnungszuschüsse, Vergütungen für Feiertage, Urlaub, Arbeitsausfälle und dgl., Entgeltfortzahlungen bei Krankheit und Mutterschaft, Fahrtkostenzuschüsse, Urlaubsbeihilfen, Gratifikationen, Gewinnbeteiligungen,

Vermögenswirksame Leistungen, Provisionen, Abfindungen sowie Bezüge von Gesellschafterinnen und Gesellschaftern, Vorstandsmitgliedern, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern sowie anderen leitenden Personen (soweit diese abhängig Beschäftigte ¹⁰ sind). Gezahlte Aufstockungsbeträge bei Altersteilzeit sowie die Zuführungen zum Wertguthaben in der aktiven Arbeitsphase (Blockmodell) gehören ebenfalls hierzu. Sachbezüge sind mit dem Betrag einzusetzen, der dem Lohnsteuerabzug zugrunde gelegt wurde.

Waren **Nettoentgelte** vereinbart, so ist in diesen Fällen hier das Nettoentgelt **zuzüglich Arbeitnehmeranteil** zur Sozialversicherung, **Solidaritätszuschlag** sowie **Lohn- und Kirchensteuer** anzugeben. Der Arbeitgeberanteil ist nachfolgend unter den Sozialaufwendungen des Arbeitgebers aufzuführen.

Nicht anzugeben sind die Entgelte für tätige Inhaberinnen und Inhaber, der kalkulatorische Unternehmerlohn sowie außerordentliche Aufwendungen.

15 Gesetzliche Sozialaufwendungen des Arbeitgebers

Gesetzlich vorgeschriebene Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, d. h. zur Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung, die Arbeitgeberbeiträge für Beschäftigte in Altersteilzeit sowie die Beiträge zur Berufsgenossenschaft.

Nicht hierzu gehören Entgeltzahlung bei Krankheit, Urlaub oder Mutterschaft. Diese Beträge gehören zu den Bruttoentgelten ¹².

16 Übrige Sozialaufwendungen des Arbeitgebers

Auf tariflicher oder vertraglicher Grundlage beruhende bzw. freiwillig gewährte Leistungen des Arbeitgebers, soweit sie nicht zum Bruttoentgelt gehören (z. B. Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung, Zuschüsse zur Aus- und Fortbildung, Beihilfen und Zuschüsse im Krankheitsfall, laufende Zuschüsse für Verpflegung bei Praktika, Entschädigungen für doppelte Haushaltsführung und Umzugskostenvergütungen). Hierzu zählen auch Sozialaufwendungen für Beamtinnen und Beamte (z. B. Familienzuschläge sowie Zahlungen an die Postbeamtenversorgungskasse für die Erbringung von Versorgungs- und Beihilfeleistungen).

Nicht dazu zählen Beiträge der Inhaberin bzw. des Inhabers zur Lebens-, Alters-, Krankenversicherung und dgl. für sich und ihre bzw. seine Familie.

17 Bezogene Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand

Anschaffungskosten (ohne die als Vorsteuer abzugsfähige Umsatzsteuer) für bezogene Waren und Dienstleistungen, die ohne weitere Be- oder Verarbeitung zum Wiederverkauf an Dritte bestimmt sind. Als Anschaffungskosten gelten die Anschaffungspreise zuzüglich Anschaffungsnebenkosten (z. B. Transportkosten, erhobene Verbrauchsteuern, Einfuhrumsatzsteuer und Importzölle) abzüglich erhaltener Preisnachlässe (wie Rabatte, Boni und Skonti). Bei Reiseveranstaltern zählen hierzu auch die in Anspruch genommenen Leistungen Dritter für auf eigene Rechnung organisierte Pauschalreisen sowie an Reisebüros bezahlte Provisionen.

Für die **Einnahmen-Überschussrechner** nach §4 Absatz 3 EStG sind nur die im Berichtsjahr zahlungswirksamen Ausgaben anzugeben.

Nicht einzubeziehen sind Aufwendungen für erworbene Sachanlagen sowie bezogene Waren und Dienstleistungen von Niederlassungen mit Sitz im Ausland und alle anderen als die o. g. Steuern, Abschreibungen, außerordentlichen, Zins- und ähnlichen Aufwendungen.

18 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

Anschaffungs- und Anschaffungsnebenkosten ¹⁷ aller Materialien (ohne Handelsware), die zur Herstellung von Waren oder Erbringung von Dienstleistungen in der Erhebungseinheit erforderlich sind sowie dabei benötigte Verbrauchsstoffe, wie z. B. Kraftstoffe, Versandverpackung und Ersatzteile im Transportgewerbe, Putzmittel im Reinigungsgewerbe, Datenträger in

der IT-Branche sowie Werbematerial in der Werbebranche. Einzubeziehen sind auch Materialien, die für die Herstellung von selbst erstellten Anlagen benötigt werden.

Nicht einzubeziehen sind Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe von Niederlassungen mit Sitz im Ausland.

19 Bezogene Dienstleistungen nicht zum Wiederverkauf

Alle Aufwendungen für Leistungen Dritter, die im Rahmen der betrieblichen Wertschöpfung in der Erhebungseinheit verbraucht werden, wie z. B. IT-Leistungen durch Rechenzentren und Lohnveredelung.

Nicht einzubeziehen sind bezogene Dienstleistungen von Niederlassungen mit Sitz im Ausland.

20 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Alle übrigen Aufwendungen, die der betrieblichen Leistungserstellung nicht direkt, sondern nur der Erhebungseinheit als Ganzes zugeordnet werden können. Dies sind z. B. Honorare für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Ausgleichsabgabe für nicht beschäftigte Schwerbehinderte, Provisionen, Beratungsentgelte, Postgebühren, Aufwendungen für Mieten, Pachten und Leasing, Aufwendungen für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, Porti, Büromaterial, Telefon, Versicherungsbeiträge, Aufwendungen für Steuerberatung, Buchführung und Rechtsberatung, Reisespesen sowie damit verbundene Verpflegungsmehraufwendungen, Kfz-Kosten (ohne Kfz-Steuer, die unter Frage F anzugeben ist) und Mautgebühren. Hierzu gehören auch Aufwendungen für Heizung, Strom, Gas, Wasser, Büro- und Versandverpackungsmaterial sowie Aufwendungen für die Nutzung von immateriellen Vermögensgegenständen gegen laufende oder Einmalzahlungen.

Nicht einzubeziehen sind sonstige betriebliche Aufwendungen von Niederlassungen mit Sitz im Ausland, betriebliche Steuern und öffentliche Abgaben ²³, Abschreibungen, außerordentliche und betriebsfremde Aufwendungen, Zins- und ähnliche Aufwendungen (z. B. Kursverluste, Spenden, Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens).

21 Aufwendungen für Mieten, Pachten und Leasing

Mieten für betrieblich oder geschäftlich genutzte Bauten, Betriebs- und Geschäftsräume (einschließlich Lagerräume und Garagen, ohne betriebsfremd genutzte Räume) sowie Grundstückspachten, Leasing und Mieten für Fahrzeuge aller Art, Maschinen, EDV-Anlagen, Geräte, Software und dgl.

22 Aufwendungen für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter

Aufwendungen an Zeitarbeitsfirmen (Personalleasing-agenturen) und ähnliche Einrichtungen für die Arbeitnehmerüberlassung, wobei das überlassene Personal bei den jeweiligen Zeitarbeitsfirmen beschäftigt bleibt.

Nicht einzubeziehen sind Aufwendungen für bezogene Dienstleistungen, denen ein Werkvertrag zugrunde liegt.

23 Betriebliche Steuern und sonstige öffentliche Abgaben

Steuern, die vom Staat oder den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft ohne individuelle Gegenleistung im Zusammenhang mit der Beschaffung und Einfuhr von Waren sowie der Beschaffung und Erbringung von Dienstleistungen, der Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, dem Eigentum an bzw. der Nutzung von Grund und Boden, Gebäuden oder sonstigen im Geschäftsprozess verwendeten Vermögensgegenständen erhoben werden. Hierzu gehören insbesondere Gewerbe-, Kraftfahrzeug-, Grund-, Grunderwerb-, Versicherungs-, Strom- und Energiesteuer sowie die auf selbst erstellte Waren erhobenen Verbrauchsteuern und -abgaben.

Zu den **sonstigen öffentlichen Abgaben** zählen öffentliche Gebühren und Beiträge, die für bestimmte Leistungen des Staates bezahlt werden.

Nicht einzubeziehen sind Umsatzsteuer, Einkommen- und Körperschaftsteuer, Kapitalertragsteuer, Lohn- und Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag, Exportzölle sowie Steuern und Zölle, die zu den Anschaffungsnebenkosten zählen, wie z. B. auf bezogene Waren erhobene Verbrauchsteuern, Einfuhrumsatzsteuer und Importzölle.

24 Bestände insgesamt

Zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand erworbene Waren und Dienstleistungen, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, selbst erstellte fertige und unfertige Erzeugnisse, in Arbeit befindliche Aufträge sowie geleistete Anzahlungen auf Gegenstände des Vorratsvermögens. Anschaffungsnebenkosten (Transportkosten, Zölle etc.) sind mit einzubeziehen.

Die Bestände an bezogenen Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand sowie an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind zu Anschaffungskosten (Anschaffungspreise zuzüglich Anschaffungsnebenkosten wie Fracht, Verpackung, Zoll und dgl., abzüglich Preisnachlässe wie Rabatte, Boni und Skonti) zu bewerten.

Dagegen ist die Bewertung der Bestände an selbst erstellten fertigen und unfertigen Erzeugnissen (auch in Arbeit befindliche Aufträge) zu Herstellungskosten vor Vornahme von Wertberichtigungen (z. B. Abschreibungen) vorzunehmen.

Die als Vorsteuer abzugsfähige Umsatzsteuer ist **nicht** mit aufzuführen.

25 Bestände an bezogenen Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand

Zur Definition vergleiche Erläuterung 17.

Zu den Beständen an bezogenen Waren und Dienstleistungen zählen z. B. auch schlüsselfertige Anlagen oder Gebäude, wenn diese zum Weiterverkauf bestimmt sind, sowie extern eingekaufte und zum Wiederverkauf bestimmte Software, Lizenzen, Gebrauchsmuster, Patente, Beratungsleistungen, Transportleistungen und Übernachtungskapazitäten durch Reisebüros, Nutzungsrechte von Werbeflächen etc.

Kommissionswaren gehören **nicht** zu den Beständen.

26 Bruttoanlageinvestitionen

Die im Berichtsjahr getätigten Investitionen des Anlagevermögens sind als **Bruttozugänge** (nicht Bestand), ohne die als Vorsteuer abzugsfähige Umsatzsteuer, ohne Umbuchungen und vor Berücksichtigung von Erlösen aus Abgängen zu erfassen, soweit diese aktiviert bzw. in das Verzeichnis der Anlagegüter aufgenommen wurden. Die erworbenen Güter sind zu Anschaffungskosten und die selbst erstellten Sachanlagen zu Herstellungskosten zu bewerten, **ohne** Abzug von Abschreibungen oder sonstigen Wertberichtigungen.

Werden Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht gesondert ausgewiesen, können diese als Gesamtsumme nachgewiesen und auf die entsprechenden Davon-Positionen aufgegliedert werden.

27 Erworbene Sachanlagen für betriebliche Zwecke

Im Berichtsjahr aktivierte Bruttozugänge an Sachanlagen (ohne die als Vorsteuer abzugsfähige Umsatzsteuer) bzw. bei nicht bilanzierenden Erhebungseinheiten die im Berichtsjahr in das Verzeichnis für langlebige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens aufgenommenen Sachanlagegüter (Grundstücke,

Gebäude und Bauten, Transportmittel, Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände, wie z. B. EDV-Anlagen), die von Dritten erworben wurden und deren Nutzungsperiode länger als ein Jahr ist. Zu den Bruttozugängen zählen auch gemietete, gepachtete oder mietkaufgenutzte Sachanlagen, geleistete Anzahlungen sowie die im Bau befindlichen Anlagen, sofern sie von der Erhebungseinheit auch aktiviert oder in das Verzeichnis der Anlagegüter aufgenommen wurden.

Nicht anzugeben sind nicht aktivierte bzw. nicht in das Verzeichnis der Anlagegüter aufgenommene geringwertige Wirtschaftsgüter, laufende Aufwendungen für Instandhaltung sowie laufende Aufwendungen für auf Miet- oder Leasing Basis genutzte Anlagegüter, ferner der Erwerb von Finanzanlagen (Beteiligungen, Wertpapiere usw.), ganzen Unternehmen oder Betrieben, Zugänge an Sachanlagen in Niederlassungen im Ausland sowie die bei Investitionen entstandenen Finanzierungskosten.

Der Erwerb von Konzessionen, Patenten, Lizenzen und anderen immateriellen Vermögensgegenständen ist unter „Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände“ anzugeben.

28 Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Anlagen und Maschinen

Zur **Betriebs- und Geschäftsausstattung** zählen Gegenstände, die der langfristigen Betriebsbereitschaft der Erhebungseinheit dienen, aber nicht unmittelbar in der Produktion eingesetzt sind, beispielsweise Büromöbel, Computer, Schreibmaschinen oder Werkstatteinrichtungen.

Zu den **Anlagen und Maschinen** zählen sowohl technische Anlagen und Maschinen, die unmittelbar der Produktion dienen, als auch andere für betriebliche Zwecke eingesetzte und aktivierte Anlagen, wie z. B. der Fuhrpark.

29 Selbst erstellte Sachanlagen für betriebliche Zwecke

Auf dem Anlagenkonto aktivierter oder der im Verzeichnis der Anlagegüter aufgenommene Wert (Herstellungskosten) der selbst erstellten Sachanlagen. Hierzu zählen auch die im Bau befindlichen Anlagen, entsprechende Erweiterungen, Umbauten, Modernisierungen und Erneuerungen, die die Nutzungsdauer des Anlagevermögens verlängern und seine Produktivität erhöhen sowie die geleisteten Anzahlungen.

30 Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände

Im Anlagenkonto aktivierte bzw. im Verzeichnis der Anlagegüter aufgenommene Urheberrechte (z. B. an Schriftwerken, Rundfunkprogrammen, Kinofilmen, Musikkompositionen), Software- und Datenbankprogramme, Patente, Lizenzen und dgl., die länger als ein Jahr im Geschäftsbetrieb genutzt werden. Ebenso einzubeziehen sind hier der entgeltlich erworbene Geschäfts- oder Firmenwert, der Verschmelzungsmehrwert sowie die geleisteten Anzahlungen. Die vorstehenden Positionen sind mit den Anschaffungskosten zu bewerten.

31 Software

Die jeweilige Software ist hier mit ihrem aktivierten Wert anzugeben.

32 Selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände

Anzugeben sind nur aktivierte selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände.

**Strukturerhebung im
Dienstleistungsbereich 2011**

Anleitung zur Bestimmung des wirtschaftlichen Schwerpunkts

Auszug aus der „Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 2008“

Den wirtschaftlichen Schwerpunkt der Erhebungseinheit bildet die Tätigkeit, die den größten Beitrag zur Wertschöpfung – alternativ zur Summe aus Umsatz **4**, sonstigen betrieblichen Erträgen **6** und Subventionen **7** leistet.

Falls es nicht möglich ist, den wirtschaftlichen Schwerpunkt der Erhebungseinheit mit Hilfe dieser Anleitung zu bestimmen, beschreiben Sie diesen bitte mit eigenen Worten oder setzen Sie sich mit uns in Verbindung.

Wirtschaftlicher Schwerpunkt der Erhebungseinheit	WZ-Schlüssel
Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	
Personenbeförderung im Eisenbahnfernverkehr	49.10.0
Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr	49.20.0
Personenbeförderung im Nahverkehr zu Lande (ohne Taxis)	49.31.0
Betrieb von Taxis	49.32.0
Personenbeförderung im Omnibus-Linienfernverkehr	49.39.1
Personenbeförderung im Omnibus-Gelegenheitsverkehr	49.39.2
Personenbeförderung im Landverkehr, anderweitig nicht genannt	49.39.9
Güterbeförderung im Straßenverkehr	49.41.0
Umzugstransporte	49.42.0
Transport in Rohrfernleitungen	49.50.0
Schifffahrt	
Personenbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	50.10.0
Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	50.20.0
Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt	50.30.0
Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt	50.40.0
Luftfahrt	
Personenbeförderung in der Luftfahrt	51.10.0
Güterbeförderung in der Luftfahrt	51.21.0
Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	
Lagerei	52.10.0
Betrieb von Parkhäusern und Parkplätzen	52.21.1
Betrieb von Verkehrswegen für Straßenfahrzeuge	52.21.2
Betrieb von Verkehrswegen für Schienenfahrzeuge	52.21.3
Betrieb von Bahnhöfen für den Personenverkehr einschließlich Omnibusbahnhöfe	52.21.4
Betrieb von Güterabfertigungseinrichtungen für Schienen- und Straßenfahrzeuge (ohne Frachtumschlag)	52.21.5
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Landverkehr, anderweitig nicht genannt	52.21.9
Betrieb von Wasserstraßen	52.22.1
Betrieb von Häfen	52.22.2
Lotsinnen und Lotsen in der Schifffahrt	52.22.3
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für die Schifffahrt, anderweitig nicht genannt	52.22.9
Betrieb von Flughäfen und Landeplätzen für Luftfahrzeuge	52.23.1
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für die Luftfahrt, anderweitig nicht genannt	52.23.9
Frachtumschlag	52.24.0
Spedition	52.29.1
Schiffsmaklerbüros und -agenturen	52.29.2
Erbringung von Dienstleistungen für den Verkehr, anderweitig nicht genannt	52.29.9
Post-, Kurier- und Expressdienste	
Post-, Kurier- und Expressdienste	53.20.0

Wirtschaftlicher Schwerpunkt der Erhebungseinheit	WZ-Schlüssel
Verlagswesen	
Verlegen von Büchern	58.11.0
Verlegen von Adressbüchern und Verzeichnissen	58.12.0
Verlegen von Zeitungen	58.13.0
Verlegen von Zeitschriften	58.14.0
Sonstiges Verlagswesen (ohne Software)	58.19.0
Verlegen von Computerspielen	58.21.0
Verlegen von sonstiger Software	58.29.0
Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	
Herstellung von Filmen, Videofilmen und Fernsehprogrammen	59.11.0
Nachbearbeitung und sonstige Filmtechnik	59.12.0
Filmverleih und -vertrieb (ohne Videotheken)	59.13.0
Kinos	59.14.0
Tonstudios und Herstellung von Hörfunkbeiträgen	59.20.1
Verlegen von bespielten Tonträgern	59.20.2
Verlegen von Musikalien	59.20.3
Rundfunkveranstalter	
Hörfunkveranstalter	60.10.0
Fernsehveranstalter	60.20.0
Telekommunikation	
Leitungsgebundene Telekommunikation	61.10.0
Drahtlose Telekommunikation	61.20.0
Satellitentelekommunikation	61.30.0
Internetserviceprovider	61.90.1
Sonstige Telekommunikation, anderweitig nicht genannt	61.90.9
Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	
Entwicklung und Programmierung von Internetpräsentationen	62.01.1
Sonstige Softwareentwicklung	62.01.9
Erbringung von Beratungsleistungen auf dem Gebiet der Informationstechnologie	62.02.0
Betrieb von Datenverarbeitungseinrichtungen für Dritte	62.03.0
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen der Informationstechnologie	62.09.0
Informationsdienstleistungen	
Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten	63.11.0
Webportale	63.12.0
Korrespondenz- und Nachrichtenbüros	63.91.0
Erbringung von sonstigen Informationsdienstleistungen, anderweitig nicht genannt	63.99.0
Grundstücks- und Wohnungswesen	
Kauf und Verkauf von eigenen Wohngrundstücken, Wohngebäuden und Wohnungen	68.10.1
Kauf und Verkauf von eigenen Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden	68.10.2
Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Wohngrundstücken, Wohngebäuden und Wohnungen	68.20.1
Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden	68.20.2
Vermittlung von Wohngrundstücken, Wohngebäuden und Wohnungen für Dritte	68.31.1
Vermittlung von Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden für Dritte	68.31.2
Verwaltung von Wohngrundstücken, Wohngebäuden und Wohnungen für Dritte	68.32.1
Verwaltung von Gewerbegrundstücken und Nichtwohngebäuden für Dritte	68.32.2
Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	
Rechtsanwaltskanzleien mit Notariat	69.10.1
Rechtsanwaltskanzleien ohne Notariat	69.10.2

Wirtschaftlicher Schwerpunkt der Erhebungseinheit	WZ-Schlüssel
noch: Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	
Notariate	69.10.3
Patentanwaltskanzleien	69.10.4
Erbringung sonstiger juristischer Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	69.10.9
Praxen von Wirtschaftsprüferinnen und -prüfern, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften	69.20.1
Praxen von vereidigten Buchprüferinnen und -prüfern, Buchprüfungsgesellschaften	69.20.2
Praxen von Steuerbevollmächtigten, Steuerberaterinnen und -beratern, Steuerberatungsgesellschaften	69.20.3
Buchführung (ohne Datenverarbeitungsdienste)	69.20.4
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	
Managementtätigkeiten von Holdinggesellschaften	70.10.1
Sonstige Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	70.10.9
Public-Relations-Beratung	70.21.0
Unternehmensberatung	70.22.0
Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	
Architekturbüros für Hochbau	71.11.1
Büros für Innenarchitektur	71.11.2
Architekturbüros für Orts-, Regional- und Landesplanung	71.11.3
Architekturbüros für Garten- und Landschaftsgestaltung	71.11.4
Ingenieurbüros für bautechnische Gesamtplanung	71.12.1
Ingenieurbüros für technische Fachplanung und Ingenieurdesign	71.12.2
Vermessungsbüros	71.12.3
Sonstige Ingenieurbüros	71.12.9
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	71.20.0
Forschung und Entwicklung	
Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie	72.11.0
Sonstige Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin	72.19.0
Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften	72.20.0
Werbung und Marktforschung	
Werbeagenturen	73.11.0
Vermarktung und Vermittlung von Werbezeiten und Werbeflächen	73.12.0
Markt- und Meinungsforschung	73.20.0
Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	
Industrie-, Produkt- und Mode-Design	74.10.1
Grafik- und Kommunikationsdesign	74.10.2
Interior Design und Raumgestaltung	74.10.3
Fotografie	74.20.1
Fotolabors	74.20.2
Übersetzen	74.30.1
Dolmetschen	74.30.2
Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten, anderweitig nicht genannt	74.90.0
Veterinärwesen	
Tierarztpraxen	75.00.1
Sonstiges Veterinärwesen	75.00.9
Vermietung von beweglichen Sachen	
Vermietung von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t oder weniger	77.11.0
Vermietung von Kraftwagen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t	77.12.0
Vermietung von Sport- und Freizeitgeräten	77.21.0
Videotheken	77.22.0
Vermietung von sonstigen Gebrauchsgütern	77.29.0

Wirtschaftlicher Schwerpunkt der Erhebungseinheit	WZ-Schlüssel
noch: Vermietung von beweglichen Sachen	
Vermietung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten	77.31.0
Vermietung von Baumaschinen und -geräten	77.32.0
Vermietung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	77.33.0
Vermietung von Wasserfahrzeugen	77.34.0
Vermietung von Luftfahrzeugen	77.35.0
Vermietung von sonstigen Maschinen, Geräten und beweglichen Sachen, anderweitig nicht genannt	77.39.0
Leasing von nichtfinanziellen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Copyrights)	77.40.0
Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	
Vermittlung von Arbeitskräften	78.10.0
Befristete Überlassung von Arbeitskräften	78.20.0
Sonstige Überlassung von Arbeitskräften	78.30.0
Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	
Reisebüros	79.11.0
Reiseveranstalter	79.12.0
Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	79.90.0
Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	
Private Wach- und Sicherheitsdienste	80.10.0
Sicherheitsdienste mithilfe von Überwachungs- und Alarmsystemen	80.20.0
Detekteien	80.30.0
Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	
Hausmeisterdienste	81.10.0
Allgemeine Gebäudereinigung	81.21.0
Schornsteinreinigung	81.22.1
Sonstige spezielle Reinigung von Gebäuden und Maschinen	81.22.9
Reinigung von Verkehrsmitteln	81.29.1
Desinfektion und Schädlingsbekämpfung	81.29.2
Sonstige Reinigung, anderweitig nicht genannt	81.29.9
Garten- und Landschaftsbau	81.30.1
Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen	81.30.9
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen	
Allgemeine Sekretariats- und Schreibdienste	82.11.0
Copy-Shops; Dokumentenvorbereitung und Erbringung sonstiger spezieller Sekretariatsdienste	82.19.0
Call Center	82.20.0
Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter	82.30.0
Inkassobüros	82.91.1
Auskunfteien	82.91.2
Abfüllen und Verpacken	82.92.0
Versteigerungsgewerbe	82.99.1
Erbringung von anderen wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen, anderweitig nicht genannt	82.99.9
Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	
Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten	95.11.0
Reparatur von Telekommunikationsgeräten	95.12.0
Reparatur von Geräten der Unterhaltungselektronik	95.21.0
Reparatur von elektrischen Haushaltsgeräten und Gartengeräten	95.22.0
Reparatur von Schuhen und Lederwaren	95.23.0
Reparatur von Möbeln und Einrichtungsgegenständen	95.24.0
Reparatur von Uhren und Schmuck	95.25.0
Reparatur von sonstigen Gebrauchsgütern	95.29.0